

presse

Gleichstellung in Deutschland rückt immer weiter in die Ferne – die Regierung ist tatenlos

Anlässlich der Veröffentlichung einer aktuellen Studie des World Economic Forum zur Gleichstellung der Geschlechter erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Die aktuellen Zahlen des "Gender Gap Index 2010" des World Economic Forum zeigen deutlich, dass in Deutschland eine tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen immer weiter in die Ferne rückt. Seit dem Jahr 2006 sinkt Deutschland im Ranking des Gender Gap Index, der weltweit über 100 Länder untersucht, kontinuierlich. Im Jahr 2006 lag Deutschland noch auf Platz 5. Heute belegt Deutschland nur den 13. Platz - hinter Ländern wie den Philippinen oder Südafrika.

Bei der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen besteht extremer Aufholbedarf. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen wächst in den letzten Jahren kontinuierlich auf mittlerweile 23,2 Prozent. Betrachtet man allein Westdeutschland, liegt sie sogar bei 25 Prozent. Dieser sogenannte Gender Pay Gap wird umso größer je älter die Frauen sind und je weiter sie die Karriereleiter nach oben klettern. Der größte Einschnitt erfolgt nach der Geburt des ersten Kindes - ab diesem Zeitpunkt geht die Lohnschere immer weiter auseinander. Das alles zeigt, hier besteht dringender Handlungsdruck.

Denn hinter der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern verstecken sich noch weitere gleichstellungspolitische Schieflagen, die es anzupacken gilt: nach wie vor gibt es typische Männer- und Frauenberufe, nach wie vor fehlen

Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen der deutschen Wirtschaft, nach wie vor gibt es nicht ausreichende Betreuungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nach wie vor arbeiten zu viele Frauen im Niedriglohnsektor.

Das Ergebnis der Studie des World Economic Forum ist alarmierend und ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Sie sollte endlich ein umfassendes gleichstellungspolitisches Konzept vorlegen, unter anderem mit einem gesetzlichen Mindestlohn und einem Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit.